

A stylized map of Serbia composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific locations or regions.

## Serbien vor den Wahlen

Was ist neu, was ist wie immer und wie wird es ausgehen?

**MICHAEL EHRKE**  
Mai 2012

- Die Wahlen vom 6. Mai 2012 werden die ersten seit dem Sturz Miloševićs sein, die eine Legislaturperiode ordnungsgemäß abschließen. Alle anderen Legislaturperioden seit 2000 wurden durch vorgezogene Neuwahlen beendet. Die Stabilität der Regierungskoalition 2008–2012, die sich aus immerhin 14 verschiedenen Parteien zusammensetzt, ist der unerwartet reibungslosen Zusammenarbeit zwischen den Sozialisten und der DS zu verdanken.
- Am 6. Mai wird in einem ersten Wahlgang auch der nächste Präsident Serbiens gewählt. Tadićs Amtszeit geht eigentlich erst Ende 2012 zu Ende. Um jedoch die Erfolgchancen seiner DS zu erhöhen (Tadić ist populärer als die Partei), kündigte er seinen vorgezogenen Rücktritt an. Die Wahlen sind also auch die erste Stufe des Duells Tadić-Nikolić. Da dieses Duell der Personen mehr Dramatik ausstrahlt als die Auseinandersetzung um die Parlamentssitze, werden auch die Parlamentswahlen 2012 »präsidial« eingefärbt sein.
- Auf den ersten Blick scheinen es keine Schicksalswahlen zu werden, in denen es um die grundlegende Ausrichtung des Landes geht. Sowohl die DS als auch die SNS streben die Integration Serbiens in die EU an. Auch in anderen Grundsatzfragen gibt es zwischen den beiden großen Parteien Konsens. Doch – bei allen Mängeln – ist die DS unter den gegebenen politischen Bedingungen der einzige Garant demokratischer Stabilität in Serbien. Die SNS dagegen steckt immer noch mit mindestens einem Bein in einer sehr düsteren Vergangenheit.

Am 6. Mai dieses Jahres werden in Serbien der Präsident, das nationale Parlament, das Parlament der autonomen Region Vojvodina und die meisten Kommunalregierungen gewählt. Die Präsidentenwahlen werden – in einem zweiten Wahlgang – ein Duell zwischen dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei (DS), Boris Tadić, und dem Vorsitzenden der Serbischen Fortschrittspartei (SNS) Tomislav Nikolić sein. Die Parlamentswahlen sind etwas weniger übersichtlich, unter anderem weil die meisten Parteien nicht allein, sondern in Vorwahl-Koalitionen mit anderen Parteien antreten. Doch auch die Parlamentswahlen laufen auf ein Duell zwischen DS und SNS hinaus, wobei die Bildung der nächsten Regierung nicht nur von der Anzahl der Stimmen abhängen wird, die jede der beiden größten Parteien des Landes auf sich vereinigen kann, sondern auch von ihrer Koalitionsfähigkeit. Denn neben DS und SNS werden vier mittelgroße Parteien bzw. Vorwahlkoalitionen antreten: Die Sozialistische Partei Serbiens (SPS), die Serbische Radikale Partei (SRS), das Parteienbündnis »Preokret« (Wende) unter der Führung der Liberaldemokratischen Partei (LDP) und die Demokratische Partei Serbiens (DSS). Eine Vielzahl kleiner und kleinster Parteien, die ethnische und religiöse Minderheiten vertreten und daher nicht der Fünfprozentklausel unterliegen, wird ebenfalls die Regierungsbildung beeinflussen.

### Neu (auf den ersten Blick): Keine Schicksalswahlen

Die am 6. Mai dieses Jahres anstehenden Wahlen in Serbien sind die ersten seit dem Sturz Miloševićs im Oktober 2000, die keine »Schicksalswahlen« sind, in denen es nicht um die grundlegende Ausrichtung des Landes geht. Während bei den Wahlen 2000 und 2003 (nach der Ermordung Zoran Đinđićs) die Grundentscheidung »Diktatur oder Demokratie« und 2007 und 2008 die Entscheidung »Nationalismus oder Annäherung an Europa« im Zentrum stand, steht eine derartige Grundsatzentscheidung 2012 nicht an. Sowohl die DS als auch die SNS streben die Integration Serbiens in die EU an. Nur die Radikale Partei und die DSS lehnen die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU explizit ab. Auch in anderen Grundsatzfragen gibt es zwischen den beiden großen Parteien Konsens: Beide wollen die »aktive Nicht-Anerkennungspolitik« gegenüber dem Ko-

sovo fortsetzen und behaupten, dass diese Politik mit der angestrebten EU-Mitgliedschaft vereinbar sei. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist ebenfalls keine Kontroverse zu verzeichnen. Zwar bezieht man sich gegenseitig der Unfähigkeit, zur aktuellen Wirtschaftspolitik, die *de facto* die des IWF ist, formuliert aber keine Partei eine Alternative.

Der Schwammigkeit oder dem Fehlen der politisch-inhaltlichen Polarisierung steht allerdings nach wie vor eine starke Polarisierung der politischen Mentalitäten gegenüber. Die wirkliche Konfliktlinie, die das Parteiensystem wie die Wählerschaft durchzieht, ist der eher gefühlte als programmatisch ausformulierte Gegensatz zwischen Modernisierung und »Tradition«, wobei die DS für Modernisierung und die SNS – als Abspaltung der ultra-nationalistischen Radikalen Partei – für »Tradition« steht, für eine inszenierte Tradition freilich, die von den Kriegen der neunziger Jahre und den sie tragenden Mentalitäten infiziert ist. Der *explizite* groß-serbische Diskurs, der die Menschheit in Serben und deren Feinde und die Bürger Serbiens in Patrioten und Verräter einteilt, ist zwar an den Rand des politischen Spektrums gedrängt worden, aber er ist nicht verschwunden, seine Motive tauchen in den Verlautbarungen selbst der offiziell pro-europäischen Parteien immer wieder auf – gerade vor den Wahlen. »Modernisierung« dagegen wird mit »Europa« assoziiert, der pro-europäische Diskurs ist zur offiziellen politischen Sprache der Politiker und Medien geworden.

Die untergründige Spaltung der Mentalitäten und die Geschichte der politischen Auseinandersetzungen seit dem Zerfall Jugoslawiens, in denen nicht politische Gegner einander gegenüberstanden, sondern im Wortsinne Todfeinde, hat zur Folge, dass der Wahlkampf trotz des Mangels an inhaltlichen Kontroversen hart und aggressiv geführt wird. In der Sicht der DS und ihrer Anhänger muss in den Wahlen die demokratische Zivilisation gegen rückwärtsgewandte Hinterwäldler und Kriegstreiber verteidigt werden, in der Sicht des SNS (und der Nationalisten) gilt es, ein gottloses und korruptes Regime von Verrätern und Betrügnern zu vertreiben.

### Neu: Abgeschlossene Legislaturperiode

Die Wahlen vom Mai 2012 werden die ersten seit dem Sturz Miloševićs sein, die eine Legislaturperiode ordnungsgemäß abschließen. Alle anderen Legislaturperio-

\* Der vorliegende Bericht basiert auf einem längeren, unveröffentlichten Text von Marcus Schneider, Projektassistent der FES in Belgrad.

den seit 2000 wurden durch vorgezogene Neuwahlen beendet, und auch zwischen 2008 und 2012 wurde immer wieder der Ruf nach vorgezogenen Neuwahlen laut, sei es, weil eine lokale Nachwahl die Sitzverteilung im Parlament nicht mehr widerspiegelte, sei es, weil Umfragen eine Veränderung der Kräftekonstellation anzeigten. SNS-Führer Nikolić versuchte sogar, vorgezogene Neuwahlen durch einen bizarren Hunger- und Durststreik zu erzwingen.

Die Fragilität serbischer Regierungen ist auf die Vielzahl der im Parlament vertretenen Parteien zurückzuführen, die breite Koalitionsbildungen notwendig macht, so dass auch Klein- und Kleinstparteien eine Vetomacht ausüben können, die ihrer politischen Bedeutung (gemessen an der Zahl ihrer Wähler) nicht im Geringsten entspricht. So sind im heutigen Parlament 12 Fraktionen vertreten, die sich aus 23 Parteien zusammensetzen, von denen wiederum 17 nicht mehr als fünf Abgeordnete stellen. Die Persistenz vieler kleiner Parteien trotz Fünfprozenthürde geht auf zwei Besonderheiten des serbischen Wahlsystems zurück: Zum einen sind die Parteien, die ethnische oder religiöse Minderheiten vertreten, also die Parteien der Ungarn, Albaner, Bosniaken oder Roma, von der Fünfprozentklausel ausgenommen. Zum anderen erlaubt das serbische Wahlrecht, dass sich Parteien auch vor den Wahlen zu Koalitionen zusammenschließen. So tritt die DS 2012 gemeinsam mit der Liga der Sozialdemokraten der Vojvodina (LSV) und der Sozialdemokratischen Partei Serbiens (SDPS) an (letztere ist *de facto* eine regionale Partei des Sandšak), die Sozialistische Partei (SPS) mit der Vereinigung der Rentner Serbiens (PUPS) und der Partei Einiges Serbien (JS), und die SNS mit der Partei Neues Serbien (NS). Diese Zusammenschlüsse verhelfen den großen Parteien zu dringend benötigten zusätzlichen Prozentpunkten, den kleinen garantieren sie das Überleben.

Die Stabilität der Regierungskoalition 2008–2012, die sich aus immerhin 14 verschiedenen Parteien zusammensetzt, ist der unerwartet reibungslosen Zusammenarbeit zwischen den Sozialisten und der DS zu verdanken. Der Abschluss der Legislaturperiode kann in gewisser Hinsicht als ein Erfolg der von der DS geführten Regierungskoalition gelten, möglicherweise wirkt er sogar als ein Signal, dass in Zukunft nicht bei jeder politischen Krise zur Scheinlösung vorgezogener Neuwahlen zu greifen ist. Eine weitere Stabilisierung des Parteiensystems wird er dennoch nicht nach sich ziehen. Zwar ist nicht ausgeschlossen, dass einige Parteien an der Fünfprozenthürde

scheitern. Gleichwohl zeigen die bereits abgeschlossenen Vorwahl-Koalitionen an, dass die Vielfalt des serbischen Parteiensystems kaum beeinträchtigt werden wird.

## Neu (zum Teil): Wahlrecht

Die kommenden Wahlen werden die ersten sein, die im Rahmen eines neuen, von der EU aufgezwungenen Wahlrechts abgehalten werden. In der Vergangenheit waren die Parteien die »Besitzer« der Wählerstimmen, sie konnten ihren Anteil an den Parlamentssitzen beliebig besetzen, unabhängig von den *Personen*, die von den Wählern gewählt worden waren. Die Wahllisten konnten auch nach den Wahlen willkürlich verändert werden. Dies entsprach, so die EU-Kommission, nicht »europäischen Standards« und wird nach dem 6. Mai nicht mehr möglich sein. Die Zusammensetzung des Parlaments muss nun den Wahllisten entsprechen, auch was die Reihenfolge der Kandidaten angeht. Gleichzeitig wurde, ebenfalls unter dem Druck der EU, die Praxis der mit Blankounterschriften versehenen Rücktrittserklärungen der Abgeordneten abgeschafft. Diese Praxis sollte den Fraktionswechsel der Abgeordneten und den Handel mit Mandaten verhindern, versetzte die Parlamentarier aber auch in eine unüberwindbare Abhängigkeit von den Parteiführungen. Die neuen Regelungen könnten in Zukunft die Position der gewählten Abgeordneten stärken, heben die Macht der Parteiführungen über einzelne Abgeordnete wie über das Parlament als Ganzes aber nicht auf. Denn nach wie vor definiert das Wahlrecht Serbien als einen einzigen Wahlkreis, lokal oder regional festgelegte Wahlkreise gibt es nicht. Dies verhindert zum einen eine halbwegs angemessene proportionale Vertretung der verschiedenen Regionen, Kreise und Städte des Landes im Parlament bzw. stellt sie in das Belieben der Parteiführungen, zum anderen steht es der Herausbildung lokaler Loyalitäts- und Verantwortungsbeziehungen zwischen Wählern und Gewählten entgegen, die auch als Korrektiv gegen die Allmacht der Parteiführungen wirken könnten.

## Neu (zum Teil): Parlamentarische versus präsidiale Demokratie

Serbien ist eine parlamentarische Demokratie. Der Regierungschef wird vom Parlament gewählt. Der Staatspräsident hat vor allem repräsentative Funktionen, er darf keine Gesetzesinitiativen ergreifen, sein Veto gegen ein-

zelne Gesetze kann das Parlament mit einfacher Mehrheit zu Fall bringen. Gleichwohl erscheint Serbien unter Staatspräsident Boris Tadić wie ein Land, das präsidential regiert wird: Der Präsident ist allgegenwärtig, vom Ministerpräsidenten Mirko Cvetković dagegen ist wenig zu hören. Dies ist ein Novum: Staatspräsident Koštunica (2000–2003) hatte immer im Schatten des Ministerpräsidenten Đjindjić gestanden, ebenso wie Präsident Tadić 2004–2008 im Schatten des Ministerpräsidenten Koštunica. Die aktuelle Konstellation verdankt sich der Tatsache, dass Tadić eben nicht nur Staatspräsident, sondern auch der Präsident der größten Regierungspartei ist. Die Aufwertung des Präsidenten im Verhältnis zum Ministerpräsidenten spiegelt indirekt die Dominanz der Parteien und Parteiführungen über die Regierungsinstitutionen wider.

Am 6. Mai wird in einem ersten Wahlgang auch der nächste Präsident Serbiens gewählt. Tadićs Amtszeit geht zwar erst Ende 2012 zu Ende. Um jedoch die Erfolgchancen seiner DS zu erhöhen (Tadić ist populärer als die Partei), kündigte er seinen vorgezogenen Rücktritt an. Die Wahlen sind also auch die erste Stufe des Duells Tadić-Nikolić. Da dieses Duell der Personen mehr Dramatik ausstrahlt als die Auseinandersetzung um die Parlamentssitze – die Wahlbeteiligung ist bei Präsidentenwahlen traditionell höher als bei Parlamentswahlen –, werden auch die Parlamentswahlen 2012 »präsidential« eingefärbt sein.

## Neu (zum Teil): Wahlen im Kosovo

Die Parlaments- und Gemeindewahlen wurden 2008 auch im mehrheitlich von Serben bewohnten Norden des Kosovo abgehalten. Aus ihr gingen die Führungen der drei Kommunen plus des serbischen Teils von Mitrovica hervor, die mit ihren Unruhen im Sommer und Herbst 2011 von sich reden machten – mit Unruhen, an denen diese meist nationalistischen Lokalpolitiker maßgeblich mitwirkten. 2012 werden sich die Serben des Kosovo aller Voraussicht nach zwar an den nationalen Wahlen in Serbien beteiligen können, es wird aber keine lokalen Wahlen im Norden des Kosovo geben. Begründet wird dies damit, dass die Teilnahme aller Kosovo-Serben (also auch derjenigen, die nicht im Norden leben) an den Wahlen in Serbien die Kooperation der Regierung in Priština und der internationalen Gemeinschaft voraussetze. Diese Kooperation werde aber nicht zu erzielen sein, wenn gleichzeitig im Norden des Kosovo Gemeindewahlen stattfinden, die in den Augen der kosovari-

schen Regierung illegal sind. Die lokalen Gemeinderegierungen sind ein Teil (wenn auch nur ein kleiner Teil) jener »serbischen Parallelstrukturen«, deren Existenz Bundeskanzlerin Angela Merkel im Sommer 2011 inkriminiert hatte und an denen fast der Status Serbiens als eines Kandidaten auf die EU-Mitgliedschaft gescheitert wäre. Wenn am 6. Mai im Norden des Kosovo keine Gemeindewahlen stattfinden, wäre dies ein weiteres Einlenken der serbischen Regierung gegenüber der Mehrheit der EU-Staaten, in der Hoffnung, ein möglichst frühes Datum für den Beginn der Beitrittsverhandlungen zu bekommen. Unklar ist, wie die serbischen Politiker dieses Einlenken ihren potentiellen Wählern vermitteln wollen.

## Wie immer: Führerparteien und Ressourcenverteilung

Serbische Parteien sind Führerparteien. Seit der Gründung der Parteien zu Beginn der neunziger Jahre gab es nur drei Führungswechsel, von denen zwei nach dem Tod des amtierenden Parteiführers notwendig wurden (in Deutschland gab es im selben Zeitraum in den fünf im Bundestag vertretenen Parteien 36 Führungswechsel). In der DS wurde Gründungspräsident Dragoljub Mićunović 1994 von Zoran Đjindjić abgelöst – der einzige reguläre innerparteiliche Führungswechsel. Đjindjić wurde 2003 ermordet, nach einer Übergangszeit wurde Boris Tadić zum Parteivorsitzenden gewählt. Der Führer der Sozialisten Slobodan Milošević starb 2006 in der Haft in Den Haag, seine Nachfolge trat Ivica Dačić an. Man könnte in der Spaltung der Radikalen Partei 2008 den vierten Führungswechsel sehen, doch handelte es sich hierbei um eine Neubildung, die nicht auf demokratische Weise zustande kam und die die Führungsposition von Vojislav Šešelj in der Rest-SRS nicht tangierte. Zudem ist Tomislav Nikolićs Führungsposition innerhalb der SNS unumstritten. Nikolić ist neben dem Generalsekretär seiner Partei Alexandar Vučić der einzige sichtbare Politiker der SNS.

Vuk Drašković und die Serbische Erneuerungsbewegung, Vojislav Koštunica und die DSS, Velimir Illić und »Neues Serbien«, Dragan Marković Palma und »Einiges Serbien«, Nenad Čanak und die LSV, Žarko Korać und die SDU, Vojislav Šešelj und die Radikale Partei, Mladen Dinkić und die G17+ (heute Union der Regionen Serbiens), Rasim Ljajić und die SDPS (früher: Demokratische Partei des Sandschak), Čedomir Ivanović und die LDP – all dies sind Symbiosen aus Parteiführern und Parteien,

die mit der Gründung der Parteien entstanden und trotz aller Wendungen, Misserfolge und Skandale ihrer Führer bis heute Bestand haben. Die DS ist die einzige Partei, in der je ein Führungswechsel stattfand, ohne dass der Platz der Parteiführung durch den Tod des früheren Parteiführers frei geworden wäre.

Die unangefochtene Stellung der Parteiführer mag auf eine paternalistische politische und gesellschaftliche Kultur zurückgehen, auch auf ein Wahlsystem, das die Persistenz eigentlich erfolgloser Parteien und Parteiführer ermöglicht. Vor allem aber verweisen die Symbiosen aus Parteien und Parteiführern auf den klientelistischen Unterbau des serbischen Parteiensystems: Parteien kämpfen nicht nur für ihre Wertvorstellungen (und noch weniger für bestimmte soziale Interessen), sondern auch und vor allem um die Ressourcen des Staates (Geld, Jobs, Macht) mit dem Zweck der letztlich privaten Aneignung. Die Parteiführer sind die Mittelpunkte von Systemen konzentrischer Kreise, die ihre Stellung mit Belohnungen (oder dem Entzug von Belohnungen) aus dem Reservoir staatlicher Ressourcen zementieren.

Um den Umfang dieser Ressourcen, die von den Parteiführern verteilt werden können, zu illustrieren: In Serbien stehen etwa 1,8 Millionen in einem formellen Beschäftigungsverhältnis, das sind bezogen auf die Gesamtbevölkerung 25 Prozent. Von den 1,8 Millionen entfällt etwa 1 Million auf den privaten Sektor. Der öffentliche Sektor beschäftigt also 800.000 Menschen und macht damit 45 Prozent der formellen Beschäftigungsverhältnisse aus. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor Serbiens, der in der Regel höhere Gehälter zahlt als der private Sektor, weitgehend nach Parteizugehörigkeit verteilt werden. Dies betrifft nicht nur die staatliche Administration, sondern auch Zeitungsredaktionen, Flughäfen und Berg- und Wasserwerke. Wer eine Karriere im öffentlichen Sektor anstrebt, tut gut daran, sich einer (möglichst regierenden) Partei anzuschließen. Er kann dann damit rechnen, dass sein Parteiführer seine Loyalität mit Jobs und Aufstiegschancen belohnen wird.

## Wie immer: Die Wahlen sind doch Schicksalswahlen

Auch wenn zwischen den beiden großen Parteien keine inhaltlichen Kontroversen ausgetragen werden und wenn beide Parteien durch die erwähnten Defizite des serbi-

schen Parteiensystems gekennzeichnet sind: Es macht einen Unterschied, ob eine von der DS oder eine von der SNS geführte Koalition die Regierung übernimmt. Zwar hat die DS-Koalition für die Jahre 2008 bis 2012 eine im besten Fall gemischte Bilanz vorzuweisen: Der Status Serbiens als eines Kandidaten für die EU-Mitgliedschaft und die Entspannung des Verhältnisses zu einigen Nachbarstaaten können als positiv verbucht werden, aber weder bei der Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Krise, noch bei der Bekämpfung von Korruption und Klientelismus hat diese Regierung sichtbare Erfolge aufzuweisen. Den serbischen Bürgern geht es heute schlechter als vor vier Jahren, und es bestehen kaum Aussichten, dass sich dies in absehbarer Zeit ändert. Die Abstrafung der von der DS geführten Regierung durch Abwahl läge daher nahe. *Doch – bei allen Mängeln – ist die DS unter den gegebenen politischen Bedingungen der einzige Garant demokratischer Stabilität in Serbien.* Unter den zahlreichen Klein- und Kleinstparteien (und deren Führern) sind mehrere, denen demokratische Integrität nicht abgesprochen werden kann, in ihrer Persistenz trotz Erfolglosigkeit erschweren sie jedoch jede Regierungs- und Politikbildung und wirken damit potentiell destabilisierend.

Die SNS dagegen steckt immer noch mit mindestens einem Bein in einer sehr düsteren Vergangenheit. Erst vor vier Jahren brachen Nikolić und die SNS-Abgeordneten mit Vojislav Šešelj, einem Parteiführer, der einer der bösartigsten Kriegshetzer war, der öffentlich (und im Ernst) dazu aufgefordert hatte, die Bosnier bis nach Anatolien zu vertreiben, den Kroaten mit rostigen Löffeln die Augen auszukratzen und die Kosovo-Albaner mit dem AIDS-Virus zu infizieren.<sup>1</sup> Zur Realisierung ihrer aggressiven Ziele hatten Šešelj und seine Partei paramilitärische Truppen mobilisiert, die mordeten, folterten und vergewaltigten. Die Abspaltung der SNS von der Radikalen Partei war mit keiner kritischen Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit verbunden, sondern in erster Linie taktisch motiviert: Solange Šešelj von seiner Gefängniszelle in Den Haag aus die Partei dirigierte, würde Nikolić, sein Statthalter in Belgrad, nie Serbien regieren. Auch haben Nikolić und seine Anhänger bislang nicht zu erkennen gegeben, ob und wie sie die Partei weg vom Ethno-Nationalismus hin zu einem modernen europäischen Konservativismus führen wollen. Mit seinem ersten internationalen Outing stellte sich Nikolić – wahrscheinlich mehr aus Unkenntnis als aus

1. Jörg Paas, Ultranationalist Seselj hofft auf Freispruch, Deutschlandfunk, 4.5.2011

Überzeugung – an die Seite der rechtspopulistischen FPÖ. Nicht nur wegen der Vergangenheit der SNS, sondern auch wegen ihrer Konturlosigkeit, des Mangels an klaren politischen Aussagen, bedeutete eine von dieser Partei geführte Regierung für Serbien ein erhebliches Risiko.

## Wie wird es ausgehen?

Wie die untenstehende Liste der Parteien und Parteienkoalitionen nahelegt, wird die Bildung der nächsten Regierung Serbiens vor allem von der Nachwahl-Koalitionsfähigkeit der DS und der SNS abhängen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass einige sehr kleine Parteien wie die Bewegung der Sozialisten (PS), die merkwürdigerweise auf dem Ticket der SNS reist, die religiöse und ultrarechte Dveri («Kirchenportal») und die Vielzahl der ethnischen Parteien, die die Regierungsbildung zusätzlich komplizieren werden, noch gar nicht aufgeführt sind. Unter dieser Bedingung gibt es drei Nachwahl-Koalitionsmöglichkeiten. *Erstens*: Die DS wird gemeinsam mit den Sozialisten und Preokret eine knappe parlamentarische Mehrheit zusammenbringen, der sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Minderheiten-Parteien anschließen. Der kritische Faktor dieser Koalition wären die traditionell gespannten Beziehungen zwischen den Sozialisten und den Liberaldemokraten. *Zweitens*: Die SNS kann aus »historischen« Gründen nicht mit der Radikalen Partei koalieren (immerhin behauptet Nikolić, Šešelj habe seine Ermordung angeordnet); eine Regierung unter Führung der SNS könnte nur dann gebildet werden, wenn sich Sozialisten und DSS der SNS anschließen. Beides ist wenig wahrscheinlich, aber nicht vollkommen ausgeschlossen. Der ausschlaggebende Faktor wären – wie 2008 – die Sozialisten, die sich der DS angenähert haben, deren Wählerbasis aber dieselbe ist wie die der SNS. *Drittens*: DS und SNS bilden eine große Koalition – was beide Parteien zur Zeit vehement ausschließen, aber noch ist ja Wahlkampf. Die Frage ist, ob die programmatische Annäherung beider Parteien den Gegensatz der politischen Mentalitäten ausgleichen kann. Eine große Koalition wird von manchen Beobachtern auch als eine *Chance* gesehen: Nur eine große Koalition wäre in der Lage, das Kosovo-Problem abschließend zu lösen, nur sie bräuchte keine Furcht davor zu haben, als Regierung von »Verrätern« abgestempelt zu werden.

### Liste der serbischen Parteien/Parteienkoalitionen (Wähleranteil laut Umfrage vom 1.3.2012)

#### Koalition DS (*Für ein besseres Leben*), 31 %

- DS – Demokratische Partei, Boris Tadić, sozialliberal, postmodern-hybrid, 27,5 %
- LSV – Liga der Sozialdemokraten der Vojvodina, Nenad Čanak, sozialdemokratische Regionalpartei
- SDPS – Sozialdemokratische Partei Serbiens, Rasim Ljajić, sozialdemokratische Regionalpartei des Sandschak

#### Koalition SNS, 32 %

- SNS – Serbische Fortschrittspartei, Tomislav Nikolić, konturlos-konservativ, 31 %
- NS – Neues Serbien, Velimir Ilić, nationalistisch, 1,0 %

#### Koalition »Preokret«, 8 %

- LDP – Liberaldemokratische Partei, Čedomir Ivanović, liberal
- SPO – Serbische Erneuerungsbewegung, Vuk Drašković, liberal-monarchistisch
- SDU – Sozialdemokratische Union, Žarko Korać, sozialdemokratisch

#### Sozialistische Koalition, 11,5 %

- SPS – Sozialistische Partei Serbiens, Ivica Dačić, postkommunistisch-sozialdemokratisch
- PUPS – Partei der vereinigten Rentner Serbiens, Jovan Krkobabić, Rentnerpartei
- JS – Einiges Serbien, Dragan Marković Palma, rechtspopulistische Lokalpartei der Stadt Jagodina

#### SRS – Serbische Radikale Partei, Vojislav Šešelj, ultra-nationalistisch, 7 %

#### DSS – Demokratische Partei Serbiens, Vojislav Koštunica, nationalistisch, 5 %

#### URS – Union der Regionen Serbiens, Mladan Dinkić, ehemalige G17+ und Regionalparteien der Šumadija, 3 %



### Über den Autor

**Michael Ehrke** ist Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Serbien und Montenegro.

### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-269-35-7726 | Fax: ++49-30-269-35-9250  
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:  
[info.moe@fes.de](mailto:info.moe@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-137-1